

- Seeleib-Kaiser, Martin* (2001), Globalisierung und Sozialpolitik, Ein Vergleich der Diskurse und Wohlfahrtssysteme in Deutschland, Japan und den USA, Frankfurt a. M.
- Sinn, Hans Werner* (2000), In der Zwickmühle. Die Globalisierung ist gut und gefährlich zugleich, in: *Die Zeit* vom 2. März 2000
- Stolper, Wolfgang F./Paul A. Samuelson* (1971), Zollschatz und Reallöhne, in: Klaus Rose (Hrsg.), *Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen*, Köln/Berlin (3. Aufl.), S. 413–431

## REZENSIONEN

*Bruno Kaltenborn: Abgaben und Sozialtransfers in Deutschland.* Rainer Hampp Verlag, München und Mering, 2003. 177 Seiten. € 22,80.

Mit dem Titel „Abgaben und Sozialtransfers in Deutschland“ spricht Bruno Kaltenborn einen Themenkomplex an, der in der öffentlichen Diskussion weit oben rangiert. Die Veröffentlichung ist ein Gutachten des Verfassers im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, das unter dem Titel „Abgaben und Sozialtransfers in Deutschland – eine empirische Analyse ihrer Wechselbeziehungen im Hinblick auf verteilungspolitische Effizienz und Arbeitsanreize“ erstellt wurde.

Die ausstehende Reform des deutschen Steuer-Transfer-Systems wird zwar von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als notwendig erachtet, weniger klar ist jedoch, wie im Einzelnen die unterschiedlichen Personen und -gruppen hiervon betroffen sein werden. Der Grund hierfür liegt in der sehr komplexen Struktur, die zwischen direkten Steuern, Abgaben und Sozialtransfers besteht. Um eine Abschätzung der Wirkungen alternativer Reformszenarien so realitätsnah wie möglich zu erreichen, ist es zunächst erforderlich, die wichtigsten Komponenten des Steuer-Transfer-Systems zu erörtern und aufzuzeigen, in welchen Abhängigkeiten – qualitativ und quantitativ – die einzelnen Komponenten zueinander stehen.

Nachdem die wesentlichen Komponenten des Systems dargestellt und ihre gegenseitigen Abhängigkeiten erörtert wurden, schätzt Kaltenborn die Konsequenzen verschiedener Reformszenarien auf den Fiskus, die Erwerbsneigung und die Einkommensverteilung ab. Als Datengrundlage hierfür dient das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erstellte Sozio-ökonomische Panel (SOEP) mit den Wellen von 1986 bis 1999 für Westdeutschland und von 1991 bis 1999 für Ostdeutschland.

### *Formale Struktur der Analyse*

Der ganz überwiegende Teil des Buches (Kapitel 2) befasst sich mit der Analyse des Status quo in der Bundesrepublik Deutschland, wobei der Autor von den zum 1. Januar 2002 geltenden Regelungen ausgeht. Dargestellt werden insgesamt drei wesentliche Bereiche, nämlich

- Sozialabgaben und direkte Steuern
- Kindbedingte Steuerfreibeträge und vorleistungsunabhängige Sozialleistungen
- Förderung von Altersvorsorge, Wohneigentum und Vermögensbildung.

An diese Darstellung schließt sich eine vergleichende Gegenüberstellung der institutionellen Regelungen an sowie eine Analyse des Haushaltsnettoeinkommens und der effektiven Grenzbelastungen für ausgewählte Familien- und Haushaltstypen.

Der zweite Teil der Analyse (Kapitel 3) führt eine Sensitivitätsanalyse für ausgewählte Parameter des Steuer-Transfer-Systems durch und schätzt ihre Wirkungen auf den Fiskus, die Erwerbsneigung und die Einkommensverteilung ab. Die Reformoptionen werden relativ knapp, aber gleichwohl ausreichend, im vierten Kapitel diskutiert. Abschließend findet im fünften Kapitel eine Bewertung der Reformszenarien statt.

Alle technischen Details und Schätzergebnisse sowie die Beschreibung des Datensatzes finden sich im Anhang „Methodik der empirischen Analyse“. Diese Vorgehensweise erlaubt es auch dem ökonomisch weniger interessierten Leser die wesentlichen Inhalte des Buches „in einem Guss“ durchzulesen. Personen, die zusätzlich an methodischen Fragestellungen interessiert sind, werden auf die entsprechenden Teile des Anhangs verwiesen.

Insgesamt enthält das Buch von Kaltenborn 25 Tabellen im Textteil und weitere 13 Tabellen im Anhang; ferner enthält das Buch 24 Abbildungen, die zur Verdeutlichung der Materie dienen. Einen Überblick über die wesentlichen Inhalte und Schlussfolgerungen des Buches liefert eine etwas über achtseitige Kurzfassung, die dem ersten Kapitel vorangestellt ist.

### *Sensitivitätsanalyse ausgewählter Parameter*

Die zentrale Fragestellung Kaltenborns ist: Kann durch materielle Anreize im Rahmen des bestehenden Steuer-Transfer-Systems die Erwerbsneigung verbessert werden? Da die Beantwortung dieser Frage aufgrund der Ausgestaltung des deutschen Steuer-Transfer-Systems nicht eindeutig möglich ist, führt Kaltenborn verschiedene Sensitivitätsanalysen durch, die Aufschluss liefern sollen, wie eine Veränderung von ausgewählten Parametern sich auf die Erwerbsneigung auswirkt, welche fiskalischen Kosten mit der Maßnahme verbunden sind und wie sich die Verteilung von Be- und Entlastungen nach Einkommensklassen untergliedert verändert.

Kaltenborn untersucht die Konsequenzen hinsichtlich der genannten Kriterien, wenn

- die Regelsätze der Sozialhilfe proportional gekürzt werden,
- das allgemeine Wohngeld proportional oder absolut gekürzt wird sowie
- die Einkommensteuer proportional verringert wird.

Eine Verringerung der Einkommensteuer macht die Arbeitsaufnahme attraktiver; jedoch ist zu erwarten, dass eine solche Maßnahme verstärkt im oberen Bereich der Einkommensverteilung wirken wird. Demgegenüber sollte eine Kürzung der Regelsätze der Sozialhilfe sowie eine Kürzung des allgemeinen Wohngeldes eher auf die Erwerbsneigung im unteren Einkommenssegment wirken.

Zur Abschätzung der Wirkungen führt Kaltenborn zunächst drei Basisszenarien durch:

- Kürzung der Regelsätze der Sozialhilfe um 25 %,
- Kürzung des allgemeinen Wohngeldes um 10 % und
- Reduktion der Einkommensteuer um 10 %.

Alternativen zu diesen Basisszenarien sind eine 10 %ige Kürzung der Regelsätze der Sozialhilfe, eine Kürzung des Wohngeldes um 10 % bzw. um 7 Euro monatlich je Haushalt sowie schließlich Wegfall des Wohngeldes und eine Verringerung der Einkommensteuer um 5, 10, 15 und 20 %. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen werden anhand von Fallbeispielen illustriert, wobei zwischen Alleinstehenden, allein Erziehenden mit einem Kind im Alter von einem Jahr bzw. 18 Jahren, Alleinverdiener-Ehepaar ohne Kind etc. unterschieden wird. Für die Durchführung der erforderlichen Simulationen verwendet Kaltenborn das von ihm entwickelte Modell „SIMTRANS“.

Die von Kaltenborn durchgeführten Sensitivitätsanalysen kommen zu dem Ergebnis, dass sowohl eine Kürzung von Sozialhilfe oder Wohngeld als auch eine Verringerung der Einkommensteuer mit sozialpolitisch und fiskalisch bedenklichen Wirkungen einhergeht. Für die Absenkung der Sozialhilfe bzw. des Wohngeldes führt Kaltenborn als positiven Effekt zwar eine höhere Erwerbsmotivation einiger Betroffener an, jedoch überwiegt nach Einschätzung des Autors der negative Effekt, da hiermit eine pauschale Einkommensabsenkung der „Ärmsten“ verbunden ist. In die gleiche Richtung geht die Einschätzung einer Absenkung der Einkommensteuer. Auch hier würde zwar eine höhere Erwerbsbereitschaft einzelner Gruppen zu erwarten sein, aber insgesamt erachtet Kaltenborn die damit verbundenen Steuerausfälle als erheblich.

#### *Die Reformoptionen*

Diese Ergebnisse führen Kaltenborn dazu, verschiedene Reformoptionen zu unterbreiten, die im vierten Kapitel des Buches näher erörtert werden. Hierbei handelt es sich um

- den Wegfall von Leistungen,
- die Zusammenfassung von Leistungen,
- die Vereinheitlichung der Ausgestaltung unterschiedlicher Systeme,
- die Zusammenfassung kindbezogener Komponenten unterschiedlicher Systeme,
- die Einschränkung des Ehegattensplittings,
- den Wegfall der beitragsfreien Mitversicherung des Partners in der Krankenversicherung,
- um die Beseitigung von Belastungssprüngen,
- um eine generelle Senkung von effektiven Grenzbelastungen und
- um Kombilöhne.

Beim ersten Punkt – Wegfall von Leistungen – schlägt Kaltenborn vor, Leistungen von quantitativ untergeordneter Bedeutung zu streichen. Hierunter würden die Arbeitnehmer-Sparzulage, die Wohnungsbau-Prämie und die steuerbegünstigte Überlassung von Vermögensbeteiligungen an Arbeitnehmer zählen. In der Summe handelt es sich hierbei um jährliche Leistungen von etwa 1,25 Mrd. Euro.

Die Punkte zwei und drei gehören inhaltlich zusammen, da eine Zusammenfassung von Leistungen eine Vereinheitlichung der Ausgestaltung der unterschiedlichen Systeme erfordert. Kaltenborns Ausgangspunkt ist hierbei, dass verschiedene Leistungen, die einem ähnlichen Zweck dienen oder einander ergänzen, zusammengefasst werden. Dies würde unmittelbar zu einer Vereinfachung des bestehenden Steuer-Transfer-Systems führen. Kann man sich – im Gegensatz zur heutigen Praxis – auf einen einheitlichen Einkommensbegriff einigen, dann können Sozialhilfe, Wohngeld und Ausbildungsförderung nach dem BAföG zu einem integrierten System zusammengefasst werden. Hierbei wäre es nahe liegend, sich an dem Einkommensbegriff der Sozialhilfe zu orientieren. Ebenfalls auf eine Vereinheitlichung oder zumindest Vereinfachung zielt der vierte Vorschlag, kindbezogene Komponenten aus unterschiedlichen Systemen zusammenzufassen, um so wiederum für mehr Transparenz im Steuer-Transfer-System beizutragen.

Ein weiterer Aspekt, der von Kaltenborn in die Reformdiskussion eingebracht wird, stellt auf eine Einschränkung des Ehegattensplittings ab. Kaltenborn argumentiert, dass insbesondere die bedeutsame Gruppe von Frauen mit Partner und die der allein Erziehenden Mütter auf institutionelle Änderungen reagieren. Dieser (empirische) Tatbestand sowie der weitere Tatbestand, dass Frauen häufig weniger als ihre Partner verdienen, kann genutzt werden, um die Erwerbsbereitschaft von Frauen mit Partner bzw. von allein Erziehenden dadurch zu erhöhen, dass das einkommensteuerliche Ehegattensplitting entweder gänzlich abgeschafft oder weitestgehend nivelliert wird. Hierdurch würde die steuerliche Belastung der Frau reduziert, während gleichzeitig die steuerliche Belastung des Partners sich erhöht. Da aber –

wiederum empirisch – die Belastungs- die Entlastungswirkung übersteigt, würden dem Fiskus zusätzlich Mittel zufließen. Diese Mittel könnten dann zur Verbesserung der Erwerbchancen eingesetzt werden, indem die Möglichkeiten der Kinderbetreuung verbessert würden.

Auf weniger Gegenliebe – zumindest bei Familien mit einem Alleinverdiener – dürfte Kaltenborns Vorschlag stoßen, die beitragsfreie Mitversicherung des Partners in der Krankenversicherung zu beseitigen und stattdessen die betroffene Person über eine zusätzliche private Versicherung abzusichern. Kaltenborn erwartet von dieser Maßnahme eine Erhöhung der Erwerbsbereitschaft, da Alleinverdiener-Ehen im Vergleich zu Doppelverdiener-Ehen nun weniger attraktiv sind. Weiterhin würden den Krankenkassen (gesetzlich und/oder privat) hierdurch zusätzlich Einnahmen zufließen. Bedenkt man die bereits heute heftige Debatte um die Gesundheitsreform – Zahnersatzleistungen und Krankengeld sollten aus der Versicherungsleistung entfernt und durch vom Arbeitnehmer zu finanzierende zusätzliche Versicherungen abgedeckt werden –, dann birgt ein solcher Vorschlag enormen sozialpolitischen Sprengstoff, da er zunächst zu einer beträchtlichen Belastung der betroffenen Haushalte führen wird. Zu bedenken bei einem solchen Vorschlag ist ebenfalls, dass nicht jede Person, die Arbeit sucht, auch Arbeit findet. Hieran aber hängt im Wesentlichen der Erfolg von Kaltenborns Vorschlag.

Der letzte Punkt, der hier vorgestellt werden soll, betrifft die Beseitigung von Belastungssprüngen. Unter diesem Punkt diskutiert Kaltenborn insgesamt vier Aspekte: geringfügiges Einkommen und Sozialabgabenbefreiung, Kindergeld- und kindbedingte Freibeträge, Pflichtversicherungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung und schließlich Eigenheimzulage, Arbeitnehmer-Sparzulage und Wohnungsbau-Prämie. Da für den letzten Aspekt Kaltenborn für eine ersatzlose Streichung plädiert, impliziert dies, dass die hierdurch bedingten Belastungssprünge als hinnehmbar angesehen werden. Hinsichtlich des geringfügigen Einkommens und der damit verbundenen Sozialabgabenbefreiung sind Kaltenborns Vorschläge teilweise überholt oder teilweise als Gesetz übernommen worden. Für die 400-Euro-Jobs gilt eine pauschale Abgabenbelastung von 25 %, die vom Arbeitgeber zu tragen sind, und für die Midi-Jobs zwischen 400 und 800 Euro nimmt die Abgabenbelastung für beide Teile – Arbeitnehmer und Arbeitgeber – langsam zu, bis bei 800 Euro die regulären Sätze erreicht werden.

Für die Kindergeld- und kindbedingten Freibeträge plädiert Kaltenborn für eine Abschaffung der Freigrenze zugunsten von Freibeträgen sowie im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung für einen Fortfall der Pflichtversicherungsgrenze. Letzteres hätte den Vorteil, dass bei einem Wechsel aus der gesetzlichen in die private Krankenversicherung eine sprunghafte Entlastung des Versicherten vermieden würde. Dies hätte, so Kaltenborn, zusätzlich den „... verteilungspolitischen Vorteil, dass auch Spitzenverdiener in die vertikale Umverteilung der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen würden“. (S. 132). Wenn gleich weniger radikal, so ging die Politik doch bereits in diese Richtung, indem die Pflichtversicherungsgrenze heraufgesetzt wurde und somit ein Wechsel von der gesetzlichen in die private Krankenversicherung erschwert wurde.

### Zusammenfassung

Mit der von Kaltenborn gewohnten Akribie wurden in dem Buch die wesentlichen Komponenten des deutschen Steuer-Transfer-Systems und ihre gegenseitigen Abhängigkeiten aufgezeigt. Allein diese Arbeit verleiht dem Leser einen Einblick in die hohe Komplexität dieses Systems. Die Reformoptionen wurden methodisch sauber durchgerechnet und miteinander verglichen.

Insgesamt ist die Lektüre des Buches sehr zu empfehlen. Aber, wie bei vielen Gutachten, dienen die Ergebnisse den Politikern häufig als Anhaltspunkt für Reformmaßnahmen. Obwohl weiterhin aktuell von der Thematik her, ist es jedoch bereits heute schon teilweise „überholt“, da seitens der Regierung bereits einige neue Regelungen als Kabinettsbeschluss in den Bundestag eingebracht werden. Hierzu zählen unter anderem der Fortfall der Eigenheimzulage, die Reform der Sozialhilfe, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum zukünftigen Arbeitslosengeld II, um nur einige Beispiele zu nennen. Gleichwohl schmälern diese geplanten Reformen nicht den Erkenntnisgewinn, den der Leser aus dem Inhalt des Buches ziehen kann.

*Herbert S. Buscher, Halle/S.*

### Hinweis:

## Alfred-Weber-Gesamtausgabe (AWG) abgeschlossen. Anmerkungen zum letzten Band mit dem Briefwechsel.

Im Jahr 1997 (ZSR Bd. 43, S. 810) wiesen wir darauf hin, dass eine kleine, aber engagierte Herausgeberschar – Richard Bräu, Eberhard Demm, Hans G. Nutzinger und Walter Witzmann – sich ans Werk gemacht hat und in einem jungen Verlag die Werke Alfred Webers in einer Gesamtausgabe wieder zugänglich machen will. Seit 2001 sind die bekannten großen ökonomischen und soziologischen Werke (wie auch die mit seinen Schülern verfasste „Einführung in die Soziologie“, 1955), nebst seinen kleineren politischen Schriften, unter „Freier Sozialismus“ im 9. Band versammelt, wieder komplett zugänglich. Sie harren der Lektüre, teilweise auch der Wiederentdeckung, nicht zuletzt durch die Kultur- und Zeitgeschichtsschreibung. Eberhard Demm hat inzwischen auch seine große zweibändige Alfred-Weber-Biographie abgeschlossen und die Arbeit daran zur Vorbereitung für den nunmehr (2003) in zwei Halbbänden präsentierten Briefwechsel genutzt, der das Projekt abschließt.

Eine Briefausgabe gilt üblicherweise als krönender Abschluss einer Werkausgabe. Sie war und ist meist besonders mühsam zu edieren, und diese ist das sicher ebenfalls gewesen, nicht zuletzt aufgrund der besonderen, schwer zu lesenden Handschrift Alfred Webers, der seinen Korrespondenzpartnern allerlei zumutete. Diese Schwierigkeiten haben aber die Herausgeber Eberhard Demm und Hartmut Soell mit den Mitarbeitern Nathalie Chamba und Volker Schober mit Bravour gemeistert! Kaum meistern konnten sie leider die doch recht zahlreichen Überlieferungslücken, vor allem, was die der Briefpartner betrifft und, so muss man wohl auch sagen, Alfred Weber gehört nicht in die Reihe der „ganz Großen“ unter den Briefschreibern! Die möglicherweise besonders interessante, auf jeden Fall gut überlieferte (13 000 Seiten) Korrespondenz Alfred Webers mit seiner Geliebten und späteren Lebensgefährtin Else Jaffé, geb. Richthofen fehlt, weil der frühere Präsident des Bundesarchivs, Friedrich Kahlenberg, darauf „saß“, d. h. diese selbst edieren wollte – inzwischen hat er (leider zu spät!) den Briefberg geräumt, ist wohl mit seinem eigenen Editionsvorhaben gescheitert! Hinzu kamen bei anderen Briefen der Briefpartner urheberrechtliche Probleme, die die Herausgeber zwangen, zu arg knappen Regesten Zuflucht zu nehmen. Am interessantesten sind die Korrespondenzen zur Jugend- und Studentenzeit, zur Politik in der Nachkriegszeit bis zu den frühen Fünfzigern, zur (versunkenen) „Welt von Heidelberg“ sowie zur Soziologie- und Ordinarienpolitik der 50er-Jahre! Die letztgenannten Briefe sind vor allem aufschlussreich für diejenigen unter den geneigten Lesern, die „Ausläufer“ in den 60er-Jahren noch selbst miterlebt haben. Die Gliederung der Briefe nach Themenbereichen als „Dokumentenbiographie“ ist ein neuer Weg, der sich insgesamt aber doch wohl als höchst verwirrend und leserunfreundlich erweist, da die sachthematische Zuordnung fast immer weniger eindeutig ist als die chronologische. Die Annotationen sind durchweg zutreffend und gelungen, wenngleich etwas sparsam und leider am Schluss des zweiten Teilbandes deplatziert – vielfach muss man zum Verständnis zu weiterer Lektüre greifen, sich Zeitungs- und Zeitschriftenartikel besorgen usw. Da hätte man sich manchmal mehr Hilfen gewünscht und überhaupt klassische Fußnoten, statt editorischer Originalität. Der Abdruck manch eines inhaltsarmen Briefes hätte gegenüber besseren Ausführungen, evtl. Textauszügen zurückstehen können! Hingewiesen sei schließlich auch darauf, dass der Band interessante Nachträge zu einigen Bänden der AWG enthält, u. a. das Protokoll der Schlussitzung des soziologischen Seminars von Alfred Weber vom WS 1930/31, das die Leistungsfähigkeit der historisch-soziologischen Konstellationsanalyse für die Reformationszeit aufzeigt. Diese Stücke insgesamt führen zurück zu den Bänden der AWG mit dem, was Alfred Weber selbst zur Veröffentlichung bestimmt hatte und was in Krisenzeiten (auch des Kultur- und Sozialstaats!) die Lektüre wieder lohnt, der richtigen Dimensionierung des Denkens wegen und wegen Alfred Webers Bewusstsein von der hypothetischen Form aller Forschung, kurzum seiner Offenheit.

*Prof. Dr. Florian Tennstedt, Kassel*

*Richard Bräu, Eberhard Demm, Hans G. Nutzinger u. Walter Witzmann (Hg.): Alfred Weber. Gesamtausgabe in 10 Bänden. Metropolis-Verlag, Marburg.*

Ca. 6 200 Seiten, € 255,00.

Die Bände der Gesamtausgabe sind zu € 29,80 (bzw. Band 10 € 39,80) einzeln erhältlich.

Die Bände im Einzelnen:

Band 1: Kulturgeschichte als Kulturosoziologie (1935/1950), ISBN 3-89518-101-3, 1997.

Band 2: Das Tragische und die Geschichte (1943), ISBN 3-89518-102-1, 1998.

Band 3: Abschied von der bisherigen Geschichte (1946)/Der Dritte oder der Vierte Mensch (1953), ISBN 3-89518-103-X, 1997.

Band 4: Einführung in die Soziologie (1955), ISBN 3-89518-104-8, 1997.

Band 5: Wirtschafts- und Sozialpolitik (1897–1932), ISBN 3-89518-105-6, 2000.

Band 6: Industrielle Standortlehre (1908–1932), ISBN 3-89518-106-4, 1998.

Band 7: Politische Theorie und Tagespolitik (1902–1933), ISBN 3-89518-107-2, 1999.

Band 8: Kultur- und Geschichtssoziologie (1909–1958), ISBN 3-89518-108-0, 2000.

Band 9: Politik im Nachkriegsdeutschland, ISBN 3-89518-109-9, 2001.

Band 10: Ausgewählter Briefwechsel, ISBN 3-89518-110-2, 2003.

*Johannes Vossen: Gesundheitsämter im Nationalsozialismus. Rassenhygiene und offene Gesundheitsfürsorge in Westfalen 1900–1950 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 56), Klartext Verlag, Essen 2001, 546 S., € 32,90.*

Die Forschung zur Geschichte des Nationalsozialismus boomt seit den 60er Jahren, und manchmal wundert man sich, dass wesentliche Momente der nationalsozialistischen Herrschaft vergleichsweise geringe Beachtung gefunden haben und finden. Dazu gehören auch die Fortführungen und Verwerfungen der wohlfahrtsstaatlichen Innovationen der Weimarer Republik. Die hier anzuzeigende Arbeit von Johannes Vossen gilt der Rassenhygiene und Gesundheitspolitik, insbesondere der sog. Gesundheitsfürsorge. Sie behandelt zunächst zum mittlerweile x-ten Male die Entstehung von Sozialhygiene und Eugenik/Rassenhygiene als Leitwissenschaften des öffentlichen Gesundheitswesens (1890–1933). Dann aber wird sie nahezu durchweg innovativ. Aufgrund ausgedehnter (mühsamer!) Archivstudien untersucht Vossen am Beispiel Westfalens die Geschichte der Gesundheitsämter, insbesondere ihr „Funktionieren“ während der NS-Zeit gegenüber der Bevölkerung in den Sektoren Säuglingsfürsorge, Tuberkulosefürsorge, Zwangssterilisation bis hin zu Kinder- und Ausbildungsbeihilfen sowie Verteilung des „Ehrenkreuzes der deutschen Mutter“. Der Verfasser wertet Fallakten, Listen und Statistiken aus und kann so konkretes Funktionieren wie Dimensionen des „fürsorglich“ exekutiven Handelns nachzeichnen.

Hervorzuheben sind auch Vossens Bemühungen um die biographische Analyse des ärztlichen Personals und dessen jeweiligen Einstellungen wie Handlungsspielräumen, insgesamt über 150 Personen. Für eine Bielefelder Dissertation ist das nicht selbstverständlich, insgesamt aber erheblich erhellender als die vorherrschenden Denkwelten, die mit Charisma und Struktur Handlungsabläufe „verstehbar“ machen wollen! Mit biographischer Analyse kommen auch konkrete Verantwortlichkeiten gut aus dem Dunkel der Geschichte ans Tageslicht. Gleichwohl lassen sich soziale Kategorien zu Handlungstypiken ermitteln: „Jugendlichkeit“, frühe Parteimitgliedschaft und Parteiämter neben dem öffentlichen Amt kennzeichnen die rigide vorgehenden Amtsärzte, die der klassischen Sozialhygiene verpflichteten älteren Amtsärzte werden demgegenüber eher „entlastet“.

*Prof. Dr. Florian Tennstedt, Kassel*

## MATERIALIEN UND BERICHTE

### **Eine Gesellschaft ohne das Soziale ist nicht zukunftsfähig, eine Gesellschaft ohne Soziale Arbeit ist nicht gestaltbar**

*Abschlussklärung des 5. Bundeskongresses Soziale Arbeit\*)*

Die sozialpolitische Neuprogrammierung der Bundesrepublik Deutschland führt zu derart umfassenden Veränderungen, dass das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes in Frage gestellt wird. In diesem Sinne hat sich auch der Bundespräsident öffentlich warnend geäußert.

Zu beobachten ist ein in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik einmalig radikaler Umverteilungskurs zu Lasten derjenigen, die bereits benachteiligt sind. Er bildet die Grundlage für ein neues bundes- und landespolitisches Profil, das ausgrenzt und soziale Ungleichheiten verfestigt. Ökonomisierung, Rationalisierung und Deregulierung sind die Stichworte der aktuellen Politik. Die programmatische Missachtung des Sozialen, die als Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte legitimiert wird, ermöglicht, das neue Gesellschaftsmodell einer neoliberalen Marktwirtschaft durchzusetzen, mit dem die sozialen Risiken privatisiert und die gesellschaftlichen Institutionen des sozialen Ausgleichs auf eine Restgröße reduziert werden. Die Politik befindet sich auf dem Weg, das Soziale und die Soziale Arbeit mit dem Argument zu opfern, sie seien ausgeüfert und nicht mehr finanzierbar.

Notwendig ist stattdessen eine sozial gerechte Beschäftigungs-, Finanz- und Steuerpolitik, eine Politik, die integriert und nicht stigmatisiert, die an Teilhabe und der Gestaltung des Sozialen orientiert bleibt.

Strukturell zugenommen haben die individuell zu bewerkstelligenden Probleme und sozialen Risiken. Die Pflege im Alter ist nicht mehr ausschließlich familiär zu organisieren. Sich in eine berufliche Laufbahn zu integrieren, ist nicht mehr nur für von Bildung Ausgeschlossene ein Problem. Die Versorgung von Kindern vor dem Eintritt in eine Kindertageseinrichtung und zwischen Schul- und Familienzeiten kann nicht mehr ausschließlich familiengebunden bewerkstelligt werden. Auch die vielfältigen sozialen und ökonomischen Probleme in den östlichen Bundesländern, die Identitätssuche von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen – und insbesondere von jenen mit Migrationshintergrund – sowie die Neuorientierungen in Erziehungsfragen suchen und verlangen nach gesellschaftlich integrierenden Lösungen.

\*) An dem am 27. 9. 2003 in Kassel zu Ende gegangenen Fünften Bundeskongress Soziale Arbeit nahmen insgesamt knapp 1 200 WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen der Sozialen Arbeit teil. Die KongressteilnehmerInnen verabschiedeten zum Abschluss ihrer dreitägigen Veranstaltung das nachstehend abgedruckte Memorandum mit dem Titel „Eine Gesellschaft ohne das Soziale ist nicht zukunftsfähig, eine Gesellschaft ohne Soziale Arbeit ist nicht gestaltbar“. Der nächste Bundeskongress wird 2005 in Münster stattfinden.